

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden
Herausgeber: Hermann
Herrmann-Verlag: Nr. 20-21
Schillerstraße u. Hauptstraße
Dresden - N. 1, Hauptstraße 24/25

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2.20 RM. (einschl. d. 10 Wfg. für Porto-
lohn), nach Postgesetz 2.00 RM. einschließlich 10 Wfg. Belegblätter (ohne Belegblätter) bei 7 mal
wöchentlichem Versand. Einzelpreis 10 Wfg., außerhalb Sachsens 15 Wfg. Anzeigenpreis: Die
einzelne Zeile 20 Wfg. bis 100 Wfg., für 100 Wfg. bis 200 Wfg., für 200 Wfg. bis 400 Wfg.,
außerhalb 20 Wfg. ab 1. April 1932. 10 Wfg. für 100 Wfg. bis 200 Wfg., für 200 Wfg. bis 400 Wfg.,
außerhalb 20 Wfg. Offenerwerb 20 Wfg. Zusätzliche Beiträge gegen Vorbestellung.

Verlag u. Druck: Neudruck & Verlags-
Druckerei, Neudruck-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Neudr.) zulässig. Verantwortl.
Leitung: Neudruck & Verlags-
Druckerei Dresden

Neue Agrarmaßnahmen des Kabinetts

Butterzoll - Saatgut- und Düngerversorgung

Berlin, 14. Januar. Wie wir erfahren, ist die nächste Sitzung des Reichskabinetts auf Freitag nachmittags 10 Uhr angesetzt. Neben den laufenden politischen Fragen, zu denen in erster Linie die Reichspräsidentenwahl und die internationalen Konferenzen gehören dürften, stehen vor allem landwirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung, deren grundsätzliche handelspolitische Bedeutung sich auch aus der Rundfunkrede des Ministerialdirektors Hoffe erkennen ließ.

Der Hauptpunkt dieses Teiles der Tagesordnung ist, wie die „Landwirtschaftliche Wochenzeitung“ mitteilt, eine Vorlage des Reichsfinanzministeriums zur

Erhöhung des Butterzolls.

Bei Einführung des Zolls von 25 Mark je Zentner wurde seinerzeit ein Butterpreis von über 140 Mark als angemessen im Verhältnis zu den Erzeugungskosten angesehen, während der heutige Butterpreis von 97 Mark ohne Rohrerhöhung noch weiter sinkende Tendenzen hat, weil sich die Währungsentwicklungen und die verstärkten Ueberführungsforderungen aus Lieferer noch nicht voll ausgewirkt haben und zudem im Herbst die fallomonmäßig übliche „Milchschwemme“ bevorsteht.

Ein Ausdehnen gegenüber dieser Entwicklung wäre etwa bei einem Zoll von 75 Mark je Zentner zu erwarten.

Es wäre Vorzuziehen, daß bei weiterer Währungs-entwertung im Ausland neue Dumpingimporten selbst-

tätig abgewendet werden können. In vollem Umfang wird sich die Buttererhöhung wegen des an Finnland angetretenen und im Wege der Meistbegünstigung auch anderen Einfuhrländern zugute kommenden Kontingents von 5000 Tonnen ohnehin nicht auswirken können.

Ob auch in der gleichen Kabinettsitzung die

Neuregelung des Düngemittelbezuges

für die Landwirtschaft erledigt werden kann, steht nach der gleichen Quelle noch nicht fest. Es handelt sich um Düngemittel im Werte von 800 Millionen Mark, wovon ein Drittel mit einem Ernterückgang bis zu einem Drittel zu rechnen wäre. Das gleiche gilt für die Saatgutversorgung der Landwirtschaft, wenn es sich hier auch um erheblich geringere Beträge handelt. Zur Erörterung stehen bisher unter gegenwärtiger Erörterung zwei Wege: Die Bereitstellung einer Kustallfabrik für einen Teil der unter öffentlicher Kontrolle jetzt noch zu liefernden und in den Boden zu bringenden Düngemittel und die Vorbereitung der neuentscheidenden Düngerkredite im gleichen Verhältnis.

20 000 Sicherungsanträge in Ostpreußen

Königsberg, 14. Januar. Die Industrie- und Handelskammer teilt zur Durchführung der Sicherungsverordnung in Ostpreußen mit, daß etwa 20 000 Sicherungsanträge gestellt worden sind.

Wir können nicht und wir wollen nicht

Wie die Gelehrten auf eine Partikel des alten Homer, so haben sich die Politiker aller Welt auf das deutsche Reich zur Tributforderung gestürzt. Ueber die Bedeutung und Auslegung dieses klaren aller Worte sind sogar erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden. Geschürt wird die Debatte durch die wahrscheinlich nicht ohne Absicht entstellte Form, in der das englische Reiterbüro die Kanzlererklärung verbreitet hat: Wir können und wollen nicht zahlen. Ähnliche Erläuterungen und halbamtliche Berichtigungen mußten eingreifen, um diese zugespitzte Wendung in diplomatisches Deutsch zu übertragen. Dadurch ist nockgedrungen einiges von der Schärfe der ursprünglichen und wirklichen Kanzlerklärung verlorengegangen, und im Ausland konnte sogar die Mißdeutung aufkommen, daß bereits ein Rückzug der deutschen Regierung, zum mindesten eine Revolverberichtigung ihres Standpunktes, in Vorbereitung sei. Solchem Irrtum gilt es von Anfang an energisch entgegenzutreten. Die Reichsregierung muß natürlich peinlich darauf bedacht sein, ihre Äußerungen zur Tributfrage in Worte zu kleiden, die sie mit den formell noch bestehenden und von Deutschland unterschriebenen Verträgen nicht in Konflikt bringen. Denn den französischen Staatsmännern könnte gar nichts Angenehmeres passieren, als daß ihnen eine unvorsichtige Formulierung von verantwortlicher deutscher Seite Gelegenheit gäbe, vom Sauger Versailleshof lektüres zu lassen, Deutschland habe den Willen bewiesen, „den Youngplan zu zerbrechen“. Obwohl der Youngplan praktisch schon begraben ist und nie wieder aufleben kann, wäre ein solcher Rechtfertigung auf seinen Leichnam eine gefährliche Waffe in der Hand eines raschfüßigen Gegner. Wir wissen ja aus Erfahrung, wie schweres Gewicht solche juristische Formeln auch in den Beziehungen der Völker haben. Darum mußte die Reichsregierung ihren Standpunkt für Lausanne in Worte bringen, die bei aller Deutlichkeit doch keine Angriffsfläche für abelwollende Auslegungen boten. Darum war sie auch gezwungen, die Entstellungen des Reiterbüros auf die richtige Form zurückzuführen.

In der Aussprache von Volk zu Volk brauchen wir aber so peinliche Vorsicht nicht walten zu lassen. Da ist es zum besseren Verständnis sogar nötig, daß wir unsere Meinung ungeschönt sagen. Und da hat die Welt ganz richtig verstanden, wenn sie die deutsche Erklärung aus der diplomatischen Ausdruckswelt in die Umgangssprache überleitet: Mit den Tributten muß es nach Ansicht der Deutschen sofort und für immer vorbei sein; sie können und sie wollen nicht mehr zahlen. Das Nichtwollen ist in der gegenwärtigen Lage die logische Folgerung aus dem Nichtkönnen. Für dieses war die ganze Amtszeit der Regierung Brüning ein fortwährender Beweis, der allerdings im Interesse Deutschlands und seiner Wirtschaft besser nicht geführt worden wäre. Wir haben in dieser Zeit vier „große“ Sanierungsnotverordnungen erlebt, die den deutschen Lebensstandard unter die Grenze des Erträglichsten herabgedrückt haben. Jede war die letzte und jeder sollte eine allerletzte. Der ausgesprochene Zweck war, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen, um auf dieser Grundlage, mit dem Nebenbuhler des sorglosen Hausvaters in der Hand, vor die Gläubiger zu treten und ihnen Pfennig für Pfennig nachzuweisen, daß es so nicht geht, daß sie einen Nachlaß gewähren müssen, der uns die Lebens- und dann vielleicht die Tributfähigkeit erhält. Die innere „Gesundung“ blieb aber aus. Es trat ein, was die Gegner des Youngplans vorausgesagt hatten und was seine Anhänger nicht wahrhaben wollten: Deutschlands Zahlungsfähigkeit wurde immer größer, sie artete zur Wirtschaftskatastrophe aus und riß die wirtschaftlich mit Deutschland verflochtenen Länder mit in den Strudel. Aber noch in diesem letzten Stadium der Tributblämierung trat die große Hoffnung, auf der alle Anstrengungen dieser letzten zwei Jahre Erfüllungspolitik aufgebaut waren; die Gläubiger hatten kein Einsehen, sie erkannten die übermenschliche Leistung des deutschen Volkes nicht an, sie verschloßen sogar vor den ihnen selbst aus dem Tributsystem drohenden Gefahren die Augen und gewährten keine entgeltliche Neuregelung. Oder vielmehr Frankreich verhandelt es immer, das Gläubigerkonfortium an einer solchen zu hindern. Das Fazit aus dieser Entwicklung ist im Basler Gutachten gezogen: Zahlung eines Drittels der deutschen Wirtschaft als Folge der Erfüllung, Leere in den Kassen, Verlegen der Steuerquellen

Mussolinis Politik der „Vereinigung Europas“

Frankreichs Schäden sind überzählig

Rom, 14. Januar. Der zweite Artikel des „Popolo d'Italia“, der den Weg zur Streichung der Tribute und Kriegsschulden zeigt, findet in der ganzen Öffentlichkeit Italiens harten Widerhall. Man ist von der Aufnahme des ersten Artikels in Amerika befeuert und bestont, daß Italien sich auf der gleichen Linie mit England befinden. Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ legt Gamba, daß die heutige Aufforderung des „Popolo d'Italia“ den ersten wirklich anzuwendenden paneuropäischen Versuch darstelle. Mussolini arbeite an die Vereinigung Europas hin. Geht es auf reiches Zahlenmaterial, weiß Gamba nach, daß Frankreich schon 18 Milliarden erhalten habe, während nach Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten der Wiederaufbau nur 12,5 Milliarden Mark gekostet hätte. Frankreich könnte sich also zufriedengeben. Die europäische Front, die Mussolini wolle, zielt auf die Verhandlung zwischen beiden Ufern des Atlantik ab.

Graf Bethlen bei Mussolini

Rom, 14. Jan. Am Donnerstagvormittag ist Graf Bethlen in Rom eingetroffen. Er besuchte Mussolini. Ueber die Unterredung wird jedoch an zuständiger Stelle stillschweigend bewahrt. Man betont, daß der Besuch Bethlens in Rom privat sei.

Budapest, 14. Jan. Im Abgeordnetenhaus veranlaßten die Sozialdemokraten am Donnerstag Vorschläge wegen der Hilfe des Grafen Bethlen nach Rom. Die Regierung dagegen sollte dem Grafen Beifall. Einem sozialdemokratischen Abgeordneten, der erklärte, es gebe nicht an, eine französische Orientierung zu verfolgen und gleichzeitig den italienischen Diktator zu umschmeicheln, wurde das Wort entzogen.

Die Finanzlage des Reiches

Keine Senkung der Biersteuer - Umsatzsteuererhöhung?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Jan. Man hat im Reichsfinanzministerium neuerdings Erwägungen über die weitere Gestaltung der Finanzlage des Reiches angestellt. Das Einkommen aus den einzelnen Steuerarten ist offenbar infolge der sich verschlechternden Wirtschaftslage noch weiter gesunken, so daß man sich bereits mit Gedanken trägt, wie man den Einnahmehausfall durch Erhöhung noch stehender Einnahmen decken könne. Man scheint hierbei in erster Linie an eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer zu denken. Gegenwärtig wird die Umsatzsteuer bekanntlich in Höhe von 2 Prozent erhoben. Verhandlungen zufolge soll nun geplant sein, eine Erhöhung um ein weiteres halbes Prozent auf 2 1/2 Prozent vorzunehmen. Diese Verhandlungen erfahren zwar an den amtlichen Stellen ein ausdrückliches Dementi. Trotzdem glaubt man in politischen Kreisen, daß bei dem abgleitenden Einkommen aus den anderen Steuern die Reichsregierung sich vielleicht doch in eine Abwärtslage verfallen wird. Jedenfalls hat die wichtige Lage, in der sich die Reichsfinanzen befinden, dazu geführt, daß seitens des Reichskommissars Dr.

England für eine Endlösung

London, 14. Jan. Reuter meldet: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch

die englische Regierung mit einer Zwischenschaltung allein nicht ausreichen

sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert. — Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermassen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge. Es wäre besser, wenn man jetzt keine endgültigen Regelungen erlangen könne, einen Verzicht auf solche, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu verzögern. Dieser Ansicht dürfte es auszusprechen sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühungen darauf richtet, den Weg für eine gütigere Stimmung freizumachen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Es gilt noch, eine vorläufige

Einigung mit der französischen Regierung

zu finden, und wenn es gelingt, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen — die britische Regierung hat noch die Hoffnung, daß dies möglich sein wird —, so wäre ein allgemeines Abkommen zwischen den Gläubigermächten in Lausanne ungedeutet erleichtert. Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einsam und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde. Die Kriegsschuldenfrage kann befriedigend ohne amerikanische Mitwirkung nicht diskutiert werden, und dieser Staat wird nicht einmal durch einen Beobachter in Lausanne vertreten sein. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Goerdeler erklärt werden mußte, daß Ermäßigungen der Biersteuer nicht vorgenommen werden könnten. Noch vor einigen Tagen hatte man im Reichsbereich Dr. Goerdeler die Hoffnung, daß das Finanzministerium sich mit einer Senkung der Biersteuer einverstanden erklären würde. Diese Hoffnung erwies sich aber als trügerisch. Ebenfalls werden die Gemeinden auf weitere Reichsausweise für die Erwerbslosenlasten rechnen können.

Curtius - Leiter des Vieh-Premiums

Berlin, 14. Januar. Der Generaldirektor der zur Waggebrüder Vereinigten Aluminiumwerke A.-G., Dr. v. d. Porten, ist auf sein Ersuchen von dem Posten als Leiter des sogenannten Vieh-Premiums zurückgetreten. v. d. Porten wird jedoch auf Wunsch der Reichsregierung im Vieh-Premium weiter als Industrieller und technischer Berater tätig sein. Als Nachfolger Dr. v. d. Portens in der Leitung des Vieh-Premiums ist der frühere Reichsaussenminister Dr. Curtius ausgerufen. — Das seit etwa 14 Monaten bestehende Vieh-Premium ist der von der Reichs- und der preussischen Regierung unter Beteiligung der Reichsfinanzverwaltung und der Seehandlung eingeleitete Ueberwachungsmaßnahme für die Abwicklung im Vieh-

Heute: **Der D.N.-Krafffahrer**
Seite 17 und 18